



Nr. 26

1. Juli 2021

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Demografischer Wandel, Fachkräftemangel, Digitalisierung
[Silberbach: Öffentlicher Dienst ist am Scheideweg](#)

LGBTQIA+-Rechte
[CSD 2021: Sexuelle Orientierung darf kein Hindernis sein](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sachsen
[Besoldung: Finanzminister soll „Karten auf den Tisch legen“](#)

Thüringen
[Homeoffice: Kritik an fehlenden flächendeckenden Regelungen](#)

Nordrhein-Westfalen
[Homeoffice: Öffentliche Arbeitgeber sollen klare Regelungen schaffen](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)
[Bundespolizeigesetz gescheitert: „Staatspolitisch verantwortungslos“](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)
[Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn: Urabstimmung eingeleitet](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
[Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung: Scheitern befürchtet](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)
[Einstellung vorhandener Lehrkräfte gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Demografischer Wandel, Fachkräftemangel, Digitalisierung Silberbach: Öffentlicher Dienst ist am Scheideweg

Der öffentliche Dienst steht vor enormen Herausforderungen. Nur, wenn jetzt die Weichen richtig gestellt werden, kann die Funktionsfähigkeit des Staates erhalten bleiben.

„Nach der Pandemie darf in keinem Fall am öffentlichen Dienst gespart werden“, betonte dbb Chef Ulrich Silberbach am 30. Juni 2021 in einem Web-Talk der im dbb organisierten Fachgewerkschaft Bundesbeschäftigte VBOB anlässlich deren 70jährigen Bestehens. Vielmehr müsse der Staat gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, des immer noch akuten Fachkräftemangels und der verschleppten Digitalisierung massiv in den öffentlichen Dienst investieren. Der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion: „Wir haben alle gesehen, welche Defizite eine auf Kante genähte Personalausstattung und eine veraltete Infrastruktur mit sich bringen.“

Der demografische Wandel drohe zudem, den Personalmangel nochmals zu verschärfen: In den nächsten zehn Jahren scheiden 1,27 Millionen Beschäftigte altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst aus. „Dabei haben wir bereits heute einen Mangel im öffentlichen Dienst an über 300.000 Fachkräften“, erklärte Silberbach. Allein im Bundesdienst fehlten in den kommenden zwei Jahren bis zu 23.000 IT-Fachkräfte. „Auch deswegen erwarten wir von der Politik ein klares Bekenntnis zu einem starken öffentlichen Dienst und zum Berufsbeamtentum“, so der dbb Chef.

Dass erheblicher Handlungsbedarf an der Modernisierung der Verwaltung besteht, ist inzwischen allseits anerkannt – wie auch der

jüngste Bericht des Nationalen Normenkontrollrats bestätigt. „Wir haben hier kein Erkenntnisproblem“, betonte Silberbach, „sondern ein eklatantes Umsetzungsproblem.“ Die Politik habe es allzu lange versäumt, die digitale Transformation proaktiv anzugehen und entsprechende Strukturen zu schaffen, so der dbb Chef. „Die Beschäftigten müssen jetzt wieder die Versäumnisse der Politik ausbaden, weil sie nun ohne entsprechende Qualifizierung, ohne Personalreserven und inmitten einer Pandemie noch nebenbei die Prozesse digitalisieren sollen.“

Ein weiteres wichtiges Thema in der kommenden Legislaturperiode sei die veränderte Präsenz- und Kommunikationskultur in den Dienststellen, die mit der Digitalisierung einhergehe und durch die Pandemie nun einen deutlichen Schub bekommen habe. „Neue Arbeitsformen werden auch die Mitbestimmung beeinflussen“, erklärte Silberbach. Die erst vor wenigen Tagen in Kraft getretene Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes habe die Rechtslage hier zumindest ein wenig modernisiert, immerhin könne das vom dbb geforderte digitale Zugangsrecht der Gewerkschaften nun rudimentär gewährleistet werden. „Aber es ist schon jetzt klar, dass wir in der nächsten Legislatur da noch mal ran müssen“, versprach der dbb Bundesvorsitzende.

LGBTQIA+-Rechte

CSD 2021: Sexuelle Orientierung darf kein Hindernis sein

Die dbb jugend macht sich für die Rechte von LGBTQIA+-Menschen stark. Sie müssen in allen Lebensbereichen besser vor Diskriminierung geschützt werden.

„Aus Angst vor Anfeindungen oder davor, am Arbeitsplatz gemobbt zu werden, verheimlichen viele Homosexuelle und Transgender-Menschen noch immer ihre Identität. Das hinterlässt Spuren und führt oft zu großen psychischen Belastungen. Deshalb verurteilen wir solch diskriminierendes Verhalten aufs Schärfste und fordern Offenheit, Toleranz und vor allem Akzeptanz“, machte Karoline Herrmann, Vorsitzende der dbb jugend, anlässlich

des Christopher Street Days (CSD) am 28. Juni 2021 deutlich.

Auch im öffentlichen Dienst komme es immer wieder vor, dass Beschäftigte aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verletzend Aussagen von Arbeitskolleg*innen und berufliche Nachteile hinnehmen müssten. „Dass motivierte und qualifizierte Bewerber*innen nicht eingestellt o-

der Beschäftigte nicht weiterbeschäftigt werden, etwa, weil die Nutzung der Toilette nicht geklärt werden kann oder potenzielle Konflikte antizipiert werden, ist beschämend. Hier müssen wir konsequente Aufklärungsarbeit in den Dienststellen leisten und Berührungsängsten grundsätzlich entgegenwirken. „Aber auch die Zugangsvoraussetzung zum öffentlichen Dienst für beispielsweise transsexuelle Menschen müssen kritisch in den Blick genommen und, wenn nötig, korrigiert werden. Dafür wäre beispielsweise die Idee der anonymisierten Bewerbungsverfahren überlegenswert“, so Herrmann.

Zum kürzlich gescheiterten Selbstbestimmungsgesetz für Transgender-Menschen hat die dbb Jugend Chefin eine klare Haltung: „Die regierenden Parteien müssen den Menschen

in den Vordergrund stellen und jetzt nachbessern, um die Rechte Transsexueller nachhaltig zu stärken und sich gegen transfeindliche Tendenzen auch über die Landesgrenzen hinaus zu positionieren.“

Hintergrund: Was bedeutet LGBTQIA+? Für die verschiedenen sexuellen Orientierungen wird oftmals der Begriff „LGBTQIA+“ verwendet. „LGBTQIA+“ ist eine Abkürzung der englischen Wörter Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual/Transgender, Queer, Intersexual und Asexual. Das Kürzel wird verwendet, wenn es um die Durchsetzung der Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen/Transgender-, queeren, intersexuellen und asexuellen Menschen geht. Noch immer werden sie wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gefühlten Geschlechts diskriminiert – auch am Arbeitsplatz.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sachsen

Besoldung: Finanzminister soll „Karten auf den Tisch legen“

Der dbb Landesbund in Sachsen hat von Finanzminister Hartmut Vorjohann gefordert, sich hinsichtlich der Besoldung der Beamtinnen und Beamten des Freistaats klar zu positionieren.

Hintergrund sind zwei Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) aus dem Mai 2020 zur Beamtenbesoldung, in denen ein fehlender Abstand zur Grundsicherung und die zu geringe Alimentation von kinderreichen Beamtinnen und Beamten bemängelt wurden. Auch wenn die Besoldung in Sachsen nicht selbst Gegenstand der Verfahren war, geht der SBB davon aus, dass auch sächsische Beamtinnen und Beamte aktuell 10 Prozent unteralimentiert sind.

Man sei immer noch daran interessiert, gemeinsam mit anderen Beschäftigtenvertretungen und dem Finanzministerium nach tragfähigen Lösungen für das Problem zu suchen,

teilte der SBB im Vorfeld eines Gesprächs mit Minister Vorjohann am 1. Juli 2021 mit. Aufgrund der Komplexität der Materie und gegebenenfalls nicht unerheblichen finanziellen Auswirkungen gehe dabei auch Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Dafür müsse das Finanzministerium aber „endlich die Karten auf den Tisch legen“ und darlegen, wie man die aktuelle Situation unter Berücksichtigung der BVerfG-Beschlüsse einschätzt. Schon in einem ersten Gespräch im April habe das Ministerium weder die notwendigen Zahlen noch eigene Berechnungen zu den Auswirkungen der Beschlüsse für Sachsen vorgelegt.

Thüringen

Homeoffice: Kritik an fehlenden flächendeckenden Regelungen

Der tbb hat davor gewarnt, dass durch den Wegfall der bundesweiten Homeoffice-Pflicht im öffentlichen Dienst von Thüringen ein „Flickenteppich“ an unterschiedlichen Regelungen droht.

Die jeweiligen Personalvertretungen müssten nun mit ihren Dienstherren über eine Fortsetzung oder Änderung der bisherigen Praxis beraten. „Wir werden wieder einen Flickenteppich der verschiedensten Lösungen bekommen, getragen von der im öffentlichen Dienst sehr stark verwurzelten Präsenzkultur – das ist weder beschäftigten- noch bürgerfreundlich. Und das hätte vermieden werden können“, sagt der tbb Vorsitzende Frank Schönborn am 1. Juli 2021.

Noch vor der letzten Sitzung des Landeskabinetts habe der tbb den Versuch unternommen,

im Freistaat eine einheitliche Regelung in dieser Frage zu erwirken. „Das hätte man mit gutem Willen auch hinbekommen, hätten alle Ministerien eine gemeinsame Empfehlung ausgesprochen“, kritisierte der Chef des dbb Landesbundes. Er habe dafür geworben, für mindestens drei weitere Monate an der bisherigen einheitlichen Regelung festzuhalten. Dies sei jedoch abgelehnt worden. Schönborn: „Das ist eine vertane Chance, den Schwung an Digitalisierung und recht unkomplizierter Bewilligung von Homeoffice langfristig für den öffentlichen Dienst in Thüringen mitzunehmen.“

Nordrhein-Westfalen

Homeoffice: Öffentliche Arbeitgeber sollen klare Regelungen schaffen

Homeoffice, Mobiles Arbeiten und Telearbeit werden laut DBB NRW auch nach der Corona-Pandemie eine wichtige Rolle im öffentlichen Dienst spielen. Notwendig seien aber klare Regelungen zum Schutz der Beschäftigten.

„Das Homeoffice bietet viele Chancen und einige der Risiken lassen sich durch gesetzliche Regelungen, Dienstvereinbarungen und Weiterbildungen zumindest minimieren. Hier sehe ich die Landesregierung, aber auch die Arbeitgeber beziehungsweise Dienstherren in der Pflicht, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen“, sagte dbb Landeschef Roland Staude am 24. Juni 2021 bei der Vorstellung eines entsprechenden Projekts der Hochschule für Polizei und Öffentliche Verwaltung NRW in Kooperation mit dem DBB NRW.

Bei der Untersuchung sei unter anderem deutlich geworden, dass eine konkrete Abgrenzung der unterschiedlichen Arten der Arbeit von Zuhause notwendig sei. So gebe es etwa große Unterschiede zwischen dem sogenannten Homeoffice, der Mobilien Arbeit und der Telearbeit, insbesondere hinsichtlich der technischen Ausstattung sowie dem Daten-, Arbeits- und

dem Unfallschutz. „Gerade bei der Mobilien Arbeit gibt es viele Rechtsunsicherheiten und vergleichsweise wenig Schutz für Beschäftigte“, erklärt der betreuende Professor Lars Oliver Michaelis.

Staude: „Es muss klar sein, dass hybride Arbeitsformen auch nach Corona eine große Rolle spielen werden. Bei einer ernsthaften Umsetzung müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden und zusätzlich die notwendigen Ressourcen bereitstehen.“ Bis dahin sei die Telearbeit für ihn das einzig tragfähige Modell, weil nur hier Arbeitssicherheit, Daten- und Gesundheitsschutz sowie eine adäquate technische Ausstattung gewährleistet seien.

Weitere Informationen zu dem Projekt gibt es unter [dbb-nrw.de](https://www.dbb-nrw.de).

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Bundespolizeigesetz gescheitert: „Staatspolitisch verantwortungslos“

Eine Reform der Kompetenzen der Bundespolizei ist am Widerstand der SPD und verschiedener Bundesländer im Bundesrat endgültig gescheitert. Die DPoIG zeigt sich verärgert und enttäuscht.

DPoIG-Chef Rainer Wendt warf den Ländern vor, eitle Machtinteressen vor die Gesamtverantwortung für die Innere Sicherheit in Deutschland zu stellen: „Mehr Personal und eigene Kompetenzen für die Bearbeitung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen finden nun nicht statt, die Ermittlungsarbeit bei schwersten Straftaten wird nicht verbessert und auch zusätzliches Personal für die Bundespolizei wird nun nicht eingestellt werden. Mir ist völlig schleierhaft, wie die SPD den Menschen erklären will, dass es zeitgemäß sei, der Bundespolizei in dieser Weise in den Rücken zu fallen und die Beschäftigten mit unzureichenden Mitteln und Kompetenzen, zu wenig Personal und veralteter Technologie in die Bekämpfung von Schleusungskriminalität und Terrorismus zu schicken.“

Heiko Tegatz, Vorsitzender der DPoIG-Bundespolizeigewerkschaft, ergänzte: „Das ganze

Gerede von Modernisierung unserer Sicherheitsarchitektur hat sich als parteipolitische Luftblase offenbart, die SPD macht einen Rückzieher, um vor linken Wählergruppierungen Punkte zu sammeln, das ist staatspolitisch verantwortungslos und unglaubwürdig.“ Die Gespräche mit den Bundestagsfraktionen hätten sich schon als schwierig erwiesen, aber der gefundene Kompromiss sei das mindeste gewesen, was für die Bundespolizei notwendig gewesen wäre.

In der nächsten Legislaturperiode werde sich die DPoIG um einen neuen Anlauf zur Reform des Bundespolizeigesetzes bemühen. Tegatz: „Wir hoffen, dass diejenigen, die die Bundespolizei verraten haben, dann in der Gesetzgebung des Bundes keine große Rolle mehr spielen. Wer die Herausforderungen der Inneren Sicherheit den Parteiinteressen opfert, hat in Regierungsverantwortung für lange Zeit nichts verloren.“

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn: Urabstimmung eingeleitet

Trotz des maßgeblichen Entgegenkommens der GDL in den Tarifverhandlungen hat die Deutsche Bahn (DB) für die Gewerkschaft nicht akzeptable Vorbedingungen und Gegenforderungen gestellt. Nun sind die GDL-Mitglieder zur Urabstimmung aufgerufen.

Die Auszählung ist für den 9. August 2021 vorgesehen. Die GDL rechnet mit einer hohen Zustimmung zu einem Streik. Der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky erklärte dazu am 24. Juni 2021: „Wir vertrauen auf unsere starken Mitglieder und auf ihre Solidarität und wir wurden bisher noch nie enttäuscht. Außerdem haben wir viel Erfahrung mit schwierigen Arbeitgebern und komplizierten Tarifkonflikten. Wir sind für den Tarifkonflikt mit der DB bestens gerüstet.“

Während die GDL ihre Entgeltforderungen an den Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes angepasst habe, fordere die DB von den Arbeitnehmern einen „Solidarbeitrag“ mit massiven Reallohnverlusten. Gleichzeitig sollen die Betriebsrenten gekürzt und die Freizeitplanung

beeinträchtigt werden. „Der Arbeitgeber hat bewusst provoziert und null Interesse an einer Einigung. Deshalb ist er auch für die Eskalation und die bevorstehenden Arbeitskämpfmaßnahmen verantwortlich“, so Weselsky.

Das direkte Personal im systemrelevanten Eisenbahnsystem in Deutschland habe Anerkennung für seine hervorragende Leistung verdient, machte der GDL Chef deutlich. „Es hat selbst in der größten Corona-Pandemie den Verkehr rund um die Uhr sicher und zuverlässig aufrechterhalten, und zwar ohne die Boni, die die Führungskräfte der Teppichetage oder im Homeoffice bekommen haben. Wir werden unsere Eisenbahnerinnen und Eisenbahner nicht mit Minusrunden abspeisen lassen und deshalb greifen wir zum letzten Mittel, dem Arbeitskampf.“

Verband Bildung und Erziehung (VBE) Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung: Scheitern befürchtet

Der VBE hat davor gewarnt, dass die Gesetzgebung für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung scheitern könnte.

Das entsprechende Ganztagsförderungs-gesetz wird im Vermittlungsausschuss zwischen Bund und Ländern beraten, weil es im Bundesrat grundlegende Bedenken gab. Die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses müssen dann erneut im Bundestag (Sondersitzung am 7. September) und Bundesrat (17. September) beraten werden. „Das wird extrem knapp. Nur durch das Ansetzen einer Sondersitzung des Bundestages gibt es überhaupt noch die Chance darauf, eines der größten Koalitions-vorhaben, den Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung, umzusetzen“, erklärte der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann am 25. Juni 2021 mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl.

Dabei sei bereits im Vorfeld absehbar gewesen, dass der Bundesrat nicht einwilligen würden, so Beckmann. Die heterogene Ausgangslage in den einzelnen Bundesländern führe nämlich dazu, dass diese nicht gleichermaßen von den geplanten Investitionen profitieren würden. Genau davor habe der VBE bereits in einer Stellungnahme zum Gesetz gewarnt. „Das hätte viel früher eingeplant werden müssen. Nun wird es denkbar knapp und ist noch immer nicht ausgeschlossen, dass das Gesetzvorhaben wegen mangelnder Weitsicht scheitert“, so der VBE Chef. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung sei ein zentrales Koalitionsvorhaben, das nun unnötig „bis zur letzten Minute wackelt“.

Deutscher Philologenverband (DPhV) Einstellung vorhandener Lehrkräfte gefordert

Der DPhV hat von den Kultusministerinnen und -ministern der Länder gefordert, durch die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften die Unterrichtsversorgung sicherzustellen.

In den Bundesländern würde generell mit einer zu niedrigen Lehrkräfteversorgung für die reguläre Abdeckung des Pflichtunterrichts kalkuliert. DPhV Chefin Susanne Lin-Klitzing erklärte dazu am 28. Juni 2021: „Der ‚normale‘ Unterrichtsausfall, zum Beispiel durch Schwangerschaft und Klassenfahrten, kann mit der jetzigen Berechnung der Unterrichtsversorgung nie kompensiert werden. Es fällt deshalb immer mehr Unterricht aus, als es müsste.“ Die Verbandsvorsitzende forderte deshalb: „Wir brauchen eine umfassendere Versorgung mit Lehrkräften für den Unterricht als bisher, nur um jede reguläre Unterrichtsstunde halten zu können. Soll zudem die individuelle Förderung

der Schüler gewährleistet werden, führt an einer generellen Unterrichtsversorgung mit 130 Prozent Lehrkräften allein für den Pflichtunterricht kein Weg vorbei.“

Der DPhV setze sich dafür ein, dass die Kultusminister endlich ihre Pflichtaufgaben wahrnehmen und sich nicht nur um die Kür von „Corona- Nachholprogrammen“ kümmern. „Sommerkurse und außerschulische Angebote sind schön und gut, aber was wir dringender brauchen, ist, dass die vorhandenen und gut ausgebildeten Lehrkräfte endlich eingestellt werden“, stellte Lin-Klitzing klar.

Namen und Nachrichten

Der Leiter der Grundsatzkommission für Europa des dbb, **Dietmar Knecht**, ist Ende Juni als stellvertretender Vorsitzender der CESI-Akademie für Europa bestätigt worden. Knecht, der auch Vorsitzender des dbb Landesbundes Mecklenburg-Vorpommern ist, will gemeinsam mit dem neuen Akademiepräsidenten Marcello Pacifico wichtige Akzente in der Zeit nach der Covid-19-Pandemie setzen. „Wir wollen die moderne Form der Arbeit nach Covid-19 und die Digitalisierung besonders in den Vordergrund stellen“, so der wiedergewählte Akademie-Vize am 28. Juni 2021. Knecht erwartet, dass die Akademie Europa der CESI in den nächsten Jahren auch weiterhin von europäischen Fördermitteln profitieren wird.

Frank Schönborn, Vorsitzender des tbb, hat sich am 23. Juni 2021 gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Fachgewerkschaften (BDR, DGVB, BSBD) im dbb Landesbund mit Justizminister Dirk Adams getroffen. Themen des Gesprächs waren die Ausschöpfung der Beförderungsstellen, die Neuordnung der Laufbahnen in der Justiz sowie die Ausbildung und die dazugehörigen Bedingungen. Außerdem wurden die Schaffung einer eigenen Thüringer Aus- und Fortbildungsstätte, der Bau und Betrieb der Justizvollzugsanstalt mit Sachsen sowie die Einführung der E-Akte diskutiert.

Der dbb Hessen hat am 29. Juni 2021 darauf hingewiesen, dass die Rückkehr aus dem Homeoffice in den Büroalltag für viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst auch eine Rückkehr

zu täglicher Gefährdung ist. Eine Studie im Auftrag des dbb Landesbundes habe bereits im vergangenen Jahr gezeigt, dass Gewalterfahrungen längst nicht mehr auf Bereiche wie den Polizeidienst beschränkt seien. „Der Ton verroht zusehends“, sagte dbb Landeschef **Heini Schmitt**. „Viele Delikte dringen gar nicht an die Oberfläche, weil Gewaltopfer aus Scham den Gang zum Vorgesetzten unterlassen oder die Ereignisse herunterspielen. Wir müssen davon wegkommen, dass Gewaltopfer von ihren Vorgesetzten alleine gelassen werden, das ist unverantwortlich.“

Zur Diskussion um Luftfilter in Klassenzimmern hat **Joachim Maiß**, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB), am 1. Juli 2021 ein entschlossenes Handeln gefordert: „Niemand kann im Moment sagen, wie sich die Pandemiesituation im Herbst ausprägen wird. Und gerade deshalb ist jetzt ein schnelles Handeln durch die Politik alternativlos. Unsere Schüler:innen haben in den letzten Monaten enorme Solidarität und viel Engagement im Distanzunterricht gezeigt. Bund, Länder und Gemeinden müssen jetzt zeigen, dass ihnen die jungen Menschen in unserem Land wichtig sind. Um nach den Sommerferien einen sicheren Start in das nächste Schuljahr gewährleisten zu können und dann nicht von der „vierten Welle“ ausgebremst zu werden, sind Luftfilter elementar. Damit können die Schulen zu möglichst sicheren Orten gemacht und der wichtige Präsenzunterricht gewährleistet werden.“

Termine:

7. Juli 2021

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST:

„Whistleblowing durch Beamte – eine Flucht in die Öffentlichkeit?“

Mehr Informationen auf [dbb.de](https://www.dbb.de)